

... Daten ...

treter aller großen Wirtschaft- und Berufsorganisationen mit dem Landtag als Gäste der preussischen Staatsregierung...

Wir wollen unsere Partei in Stadt u. Land ausbauen, helfst uns!

Landbundgeschrei! Wer zahlt Einkommensteuer?

In einer Zeit, da verlegte Landbändler zum Heilfertigen-Berufswesen vor die Finanzämter geführt werden...

Eine ganz ähnliche Situation gab es ja, als im Landtage die Niederschlagung preussischer Grundsteuer verhandelt wurde...

Was in Mecklenburg möglich ist Schwerein. ... März. In einer durch den Landesverband des mecklenburgischen Landbundes...

Unerhörter Landbundterror in Thüringen

Eine Entschädigung einer Unteroorganisation des Landbundes in Thüringen bedroht jeden, der bis zum 1. April - also noch rechtzeitig vor den Wahlen - den Landbund nicht begetretet ist...

feinerlei Gefälligkeiten mehr. Dafür versprechen wir Mitglieder des Landbundes uns gegenseitig jegliche Hilfe in Notfällen...

Preußen und die Landwirtschaft

Wir bringen im nachfolgenden eine vergleichende Aufstellung darüber, was das Preussische Landwirtschaftsministerium an Beihilfen und verbilligten Krediten zur Förderung der Landwirtschaft in den Jahren 1913 und 1927 zur Verfügung gestellt hat:

Table with 2 columns: Item description and values for 1913 and 1927. Items include Beihilfen zu Folgeertragsleistungen, Landwirtschaftliche Hochschulen, etc.

Insgesamt sind also vom Preussischen Landwirtschaftsministerium für die vorstehend aufgeführten Zwecke ausgegeben worden 1913 rund 58 Millionen und 1927 rund 139 Millionen.

Politische Notizen

Demokratische Bauern gegen den Landbund. Zu Bavel in Udenburg fand eine Tagung demokratischer Bauern, Pächter und Siedler statt...

Staatserbschaftssteuer vom heute. Das 'Berliner Tagelalter' vom 20. März d. J. bringt eine Notiz eines Lesers 'Zum Fall Helfritz'...

Luppe freigesprochen. Oberbürgermeister Dr. Luppe-Münzberg hatte bekanntlich im November 1926 auf einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Dessau...

Strafammer Münzberg auf Verbeserung des Urteils aufgehoben und Luppe freigesprochen. da er, ganz gleich, wie die Vernehmung Luppe gegen Streicher gehalten haben mag...

Neubells Personalpolitik

Nachdem der bisher im Reichsstammratsrat für Überwachung der öffentlichen Ordnung tätige Referent Mery, der der Sozialdemokratischen Partei angehört...

Mohawkische Propaganda in einem sächsischen Realschulhaus

Gegen den Leiter des Potsdamer Realschulhauses, Oberstudienrat Dr. Willenweber, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Der Direktor wird zur Verantwortung gezogen werden...

Zunahme der Kirchenaustritte in Thüringen

Das Statistische Landesamt Thüringens veröffentlicht eine Uebersicht über die Bewegung in der evangelischen Kirche. Daraus ergibt sich, daß 1926 gegenüber 1925 eine Steigerung der Austritte um über 100 Prozent festzustellen ist...

Das verfassungskonforme bayerische Wahlgesetz

Die Parteileitung der demokratischen Partei in Bayern hat beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches Klage wegen des bayerischen Wahlgesetzes gestellt...

Neuland aus der Nordsee

Die auf zwei Jahre vorgesehene Eindeichungsarbeit zur Gewinnung von Neuland am Jadebusen, ein großartiges, vom Oldenburgischen Staat eingeleitetes Millionenwerk, ist jetzt zu einem großen Teil durchgeführt...

Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion

Gegen die Ländererbschaftsteuer! Zum Haushalt des Reichsinnenministeriums hat die demokratische Reichstagsfraktion eine Entschädigung eingebracht...

Förderung der Beamtenfortbildung. Die demokratische Reichstagsfraktion hat bei der Beratung des Etats des Innenministeriums eine Entschädigung eingebracht...

Um den Panzerkreuzer

Erklärung der Demokratischen Reichstagsfraktion. Bei der Beratung des Marineetats im Reichstag gab der Abgeordnete Freiherr von Nöthlingen namens der Deutschen Demokratischen Reichstagsfraktion nachstehende Erklärung ab:

Der binnen kurzem angenommene Betrag von 80 Millionen Reichsmark erforderlichem Bau eines 10 000 Tonnen Panzerkreuzers würde gemäß den Mittelungen der Zeitung der Reichsmarine in den nächsten Jahren eine Gesamtansgabe von etwa 400 Millionen Reichsmark für die weiteren

Panzertreuer zur Folge haben. Eine grundsätzliche Zustimmung zur Veranschlagung eines so großen Betrages, wie sie in der Bevölkerung des ersten Panzertreuers liegen würde, könnte die Deutsche Demokratische Partei und sozialpolitischen Ermüdungen überhaupt nur in Betracht ziehen, wenn schwerwiegende militärische und politische Erwägungen für diesen Bau sprechen würden. Diese Überzeugung hat aber die Fraktion aus den Ausführungen des Herrn Reichswehrministers nicht gewinnen können.

Abgesehen davon, daß in keiner Weise einzusehen ist, warum die Entscheidung der ganzen Frage unbedingt im Haushaltsjahr 1928 erfolgen muß, glaubt die Fraktion nicht, daß der so kostspielige Bau dieser Panzerschiffe für den vom Herrn Reichswehrminister in Betracht gezogenen Kriegsfall, dessen Eintritt ein namenloses Unglück für Europa und insbesondere für unser Vaterland sein würde, eine irgendwie nebenswerte militärische Maßnahme bedeuten würde, während eine solche durch andere Verteidigungsmaßnahmen zu Lande sicherer wirksamer, gerade im Hinblick auf Schiffe, erreicht werden könnte. Die Fraktion ist selbstverständlich gewillt, die Weisheit unserer Väter in dem nach den Verhältnissen möglichen Umfang nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern auch zu fördern. Das bedeutet aber nicht, daß sie jede geforderte militärische Ausgabe schon deshalb bewilligen muß, weil sie nach dem Verfall der Dittat zulässig wäre. Auch darf nicht außer Acht gelassen werden, daß das Deutsche Reich im eigenen Interesse den Wunsch haben muß, für eine Abklärung in der Frage zu wirken, keineswegs aber dabei einen Aufstellungskampfsatz entstehen zu lassen, bei dem schon mit Rücksicht auf die Entwaffnungsbestimmungen des Friedens von Versailles die Stellung Deutschlands leider eine besonders ungünstige sein muß. Die Fraktion vermag daher in Anbetracht der derzeitigen allgemeinen Lage eine wesentliche Stärkung unserer Wehrkraft in dem Bau der Panzerschiffe nicht zu erkennen. Darüber hinaus hat sie keinen Zweifel, daß der Beginn des Baues der Panzerschiffe im gegenwärtigen Zeitpunkt außerpolitisch für Deutschland nur

schädliche Rückwirkungen haben kann. Sie ist aber der Meinung, daß bei der Beratung des Marinehaushalts nicht der geeignete Platz ist, die schwerwiegenden Probleme einer deutschen Schiffsflotte, deren Fälligkeit durch die Ereignisse der letzten Zeit gewiß nicht erleichtert worden ist, einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Sie begnügt sich mit der Feststellung, daß ihr, bei aller Würdigung der diesbezüglichen Erklärungen des Herrn Reichswehrministers und seiner nationalen Motive, die in dieser Richtung von ihm vorgetragene Vorschläge weder zureichend zu sein, noch mit den derzeitigen Richtlinien deutscher auswärtiger Politik im Einklang zu sein scheinen.

Dies sind im wesentlichen die Gründe, die die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei veranlassen, gegen die erste Rate für das Panzerschiff ihre Stimme abzugeben.

Parteinachrichten

Ministerialdirektor Jahnte 60 Jahre.

Ministerialdirektor Dr. Jahnte, der Leiter der Abteilung für das höhere Schulwesen im Preussischen Kultusministerium beging am 28. März seinen 60. Geburtstag. Er wurde geboren in Adamm (Pommern), war Schüler des Gymnasiums in Gersfeld und studierte Klassische Philologie und Deutsch in Bonn. Dort haben Vinodler und Wislmann seine geistige Entwicklung entscheidend beeinflusst. Sprachstudien stellen ihn noch heute. Seine begeisterte Liebe gilt der Mutter Sprache, deren besonderer Pflege er als Vorkämpfer des Deutschen Sprachvereins einen beträchtlichen Teil seiner Kraft widmen konnte. Die Betrachtungen, die er unter dem Titel „Aus der Mappe eines Gläubigen“ zusammengestellt hat, erwecken sich eines großen Leserkreises und sind in mehrere Fremdsprachen überetzt. Seine dienstliche Laufbahn hat ihn früh auf verantwortliche Stellen geführt. Er war von 1899 bis 1904 Leiter der deutschen Schule in Brüssel, bis 1911 Direktor des Realgymnasiums in Udenheid, von 1915 bis 1919 Oberinspektor im Pro-

vinzialschulkollegium in Münster und wirkte seit dem 1. Juni 1919 in seiner jetzigen Stelle. Ministerialdirektor Jahnte gehört der Deutschen Demokratischen Partei an.

Neuer demokratischer Landtagsabgeordneter.

Als Nachfolger der verstorbenen Landtagsabgeordneten Balzer tritt für die Deutsche Demokratische Partei Herr Apotheker D. n. a. t. aus Godelau, Vorsitzender des Bezirksverbandes Groß-Gerau des Handwerks und Gewerbes, in den heftigen Landtag ein.

Karoline Balzer †

Unverwundet starb im Alter von 55 Jahren in Darmstadt die demokratische heftige Landtagsabgeordnete Frau Karoline Balzer. Frau Balzer gehörte mit kurzen Unterbrechungen dem heftigen Landtag seit 1919 an. Sie war auch demokratisches Mitglied der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung. Die Parteileitung und der Reichsfrauenausschuß der Deutschen Demokratischen Partei haben der heftigen Landtagsfraktion und dem Landesverband ein herzliches Beileidstelegramm geschickt.

Dr. Agnes Götze †

Nach längerem Leiden ist Frau Studiendirektor i. R. Dr. Agnes Götze gestorben. Sie war Ehrenmitglied des Galleischen Lehrerinnenvereins, des Verbandes Galleischer Frauenvereine, des Vereins der Deutschen Demokratischen Partei. Im sozialen, beruflichen und politischen Leben war sie stets ein Vorbild lauterer Gesinnung, stärksten Verantwortungsgewissens. Ihr ganzes Sein war durchdringt von warmer mütterlicher Güte, von tiefer Hilfsbereitschaft für ihre Mitgeschickten. Den demokratischen Frauen war sie eine hochgeschätzte und geliebte Führerin, die schmerzhaft vernunft wird. Sie hat ihr tiefes Wissen und ihre reichen Lebenserfahrungen immer freudig in den Dienst der demokratischen Idee gestellt. An ihren letzten 70. Geburtstag hat sie erfahren dürfen, wie die Liebe und Dankbarkeit ihr alle die entgegenbrachten, die ihr im Leben und im Berufe nahe gestanden. Diese Beweise der Treue und Dankbarkeit folgen jetzt der Heimgegangenen in die Ewigkeit nach.

Regierungspräsident Dr. Friedensburg-Casse

(früher Polizeipräsident von Berlin)

spricht Dienstag, d. 3. April, abds. 8 Uhr, in Halle im Wintergarten. Alle müssen kommen!

Bezirk Halle

Halle. Wir waren in der Deutschen Volkspartei. — Stresemann korrigiert den Abgeordneten Cramer. Für den Reg. Bez. Merseburg hat die Deutsche Volkspartei wieder ihren bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Cramer als Stützpunkt aufgestellt, der sich bei der Stadtoberteil befehligt für den von den Demokraten propagierten deutschen Einheitsstaat eingesetzt hatte. Hieran scheint Herr Stresemann starken Anklang gefunden zu haben, da nach bisher unvorhergesehenen Meldungen Stresemann in einer in München gehaltenen Rede die Einstellung Cramers als unklug beschämte und erklärte, daß die Cramerische Rede geeignet sei, die Deutsche Volkspartei in peinliche Ungelegenheiten zu bringen. Dessenfalls Standpunkt wie Stresemann nimmt bekanntlich auch der vorkommende Führer Dr. Scholz ein. Ein stärkeres Durchgreifen in einer für Deutschland vitalen Frage läßt sich also kaum denken. Es ist das übliche Zeichen politischen Wierwars in der Deutschen Volkspartei.

Halle. Die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders spricht Freitag, 12. April, abends 7.30 Uhr im Hofjäger. Frau Dr. Lüders wird besonders die Arbeit der Deutschen Demokratischen Partei zur Hebung der Rentennot behandeln. Wir erwarten aber, daß auch alle unsere Mitglieder sich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, die hervorragende demokratische Frau zu hören. Anschlag an den Säulen erfolgt rechtzeitig.

Halle. Raumann-Fest der Deutschen Demokratischen Partei. Am Donnerstag Abend hatte sich eine fastliche Anzahl von Mitgliedern und Freunden der Partei in den Säulen des Neumarkt-Schützenhauses zu einer Feier des Gedächtnisses an Friedrich Raumann vereinigt. Stimmungsvolle Musik leitete die Feier ein, worauf Frau Dierich, die Vorsitzende der Deutsch-Demokratischen Frauengruppe, herzlich Worte der Begrüßung sprach und des kürzlich erfolgten Ablebens von Frau Dr. Agnes Götze mit ehrenden Worten für die Verlebte gedachte. Ueber Raumann als Mensch und Politiker sprach Frau Elli Heuß-Knapp-Berlin. Die Medlerin ließ das Wirken Raumanns als Gelehrter besonders auf dem Gebiet sozialer Pädagogik im Rahmen seiner in Hamburg und später als Kreisvorsteher in einer kleinen Gemeinde im Sächsischen Erzgebirge vor den Zuschauern erleben. Frau Scholz erfasste und beschlagnahmte den jungen Herrmann durch die sozialpolitischen Probleme seiner Zeit. In der Politik stand bei Raumann allezeit der vaterländische Gedanke an der Spitze. Dies führte ihn zunächst zum Verzicht der Gründung einer Partei der National-Sozialisten. Später kam Raumann dann zum freijährigen Liberalismus und wurde bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei ihr Vorkämpfer und geistiger Führer. Sein verhältnismäßig früher Tod rief eine tiefe Welle. Hatte er es doch verstanden, allen aus dem reichen Quell seiner Gedanken und seines Empfindens reichlich zu geben und befruchtend und anregend für die Partei zu wirken. Raumanns Geist lebt in der Partei weiter. Die Veranstaltung dankte Frau Heuß-Knapp durch reichen Beifall. Ein geistliches Beifammenheit schloß sich an.

Schneeberg. Die Versammlung mit Minister Dr. Schreiber am 25. März kann als große und wirkungsvolle Kundgebung gelten. Trotz des schönen Wetters und der wenig günstigen Zeit, nachmittags 4 Uhr, war der Besuch aus allen Schichten der Bevölkerung ein sehr starker.

Jahnte. Am 25. März, abends 8 Uhr, sprach Minister Dr. Schreiber vor einer gut besetzten Versammlung. Auch aus Wittenberg waren viele Parteifreunde erschienen.

Zorga und Leutenowda (Kreis). Hier fanden in Weisfeld, Domsdorf, Jischau und Jischwitz gut besetzte Versammlungen statt, in denen der Geschäftsführer der Deutschen Demokratischen Partei Dr. Saeppe mit Erfolg sprach.

Arbeiten und opfern!

Die Vorbereitungen für den Wahlkampf sind im Gange. Wir wollen kämpfen für die demokratische Politik, für die geistige Befreiung des modernen Menschen zur staatsbürgerlichen Reife und sozialen Menschlichkeit. Wir wollen kämpfen für die Teilnahme aller Schichten und Stände unserer Väter an der Lenkung des Staatsgeschäftes und an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten.

Wir wollen kämpfen, aber Realismus allein genügt nicht. Wir brauchen Hilfe und Unterstützung auch finanzieller Art. Wir wünschen dabei, daß

jede Schicht tragen hilft.

Wenn einer eine Mark gibt, kann es mehr sein, als wenn ein anderer fünfzig oder hundert gibt. Nicht die Zahl allein macht es, sondern die Gesinnung. Und an diese Gesinnung appellieren wir, und sollten uns in dieser Opferbereitschaft nicht behagen lassen von den Parteien zu unserer Enttarnung. Alle Sozialdemokraten opfern zum Wahlkampf ab 1. März bei einem monatlichen Einkommen

- bis 300 Mark monatlich 5 Mark,
- ab 300 Mark monatlich 10 Mark,
- ab 400 Mark monatlich 15 Mark,
- ab 500 Mark monatlich 20 Mark,
- ab 600 Mark monatlich 30 Mark,
- ab 700 Mark monatlich 35 Mark,
- ab 800 Mark monatlich 40 Mark,
- ab 1000 Mark monatlich 100 Mark.

Freunde! Demokraten! Helft uns durch die Tat! Stärkt den Wahlkampf der Deutschen Demokratischen Partei und stellt euch in den Freundeskreis um unsere Spitzenkandidaten

Staatsminister Dr. Schreiber.

Das Postfachkonto unserer Partei trägt die Nummer 9923 Leipzig (Banhaus 2, Schönicht-Halle). Auch die Geschäftsstelle in Halle, Große Brauhausstraße 30, nimmt Beiträge zum Wahlkampf entgegen.

Freunde! Helft uns! Legt euch freiwillig von Stunde an bis zum 20. Mai eine wöchentliche Abgabe für den Wahlkampf auf. Arbeitet in gleicher Weise in allen Kreisvereinen und Ortsgruppen. Wir wollen, wir müssen siegen für unsere Idee.

die Idee der demokratischen Republik.

In Herzberg fand am Donnerstag, den 22. März, Ortsverein der D. D. P. ein gut besetztes geistliches Überfließen. Die Hauptvertrauensfrau Frau Wolff sprach über „Kraut und Politik“. Auf die Anregung der Vertrauensfrau, Frau Freygang aus Herzberg zeichneten sich anwesenden Frauen zur Bildung einer Frauengruppe ab. Nachdem noch Schulrat Thormann über die Kandidatensuche gesprochen hatte und einige Wünsche an den Bezirksvorstand zum Ausdruck kamen, blieben die Anwesenden bei Musik und Tanz noch lange angeregt und froh beisammen.

Melbra. Die Deutsche Demokratische Partei (Ortsgruppe Melbra) gestaltete ihre erste öffentliche Versammlung einem erbauenden Vortragabend aus, der von allen Anwesenden der besten Befall erntete. Herr Schulrat Pott a. S. Sangerhausen behandelte das Thema: „Stein der Weisheit und Kreuzes“. Seine sachlichen und auf der Höhe der Objektivität stehenden Ausführungen wurden mit lebhaftem Interesse und großem Beifall aufgenommen. Nach dem Vortrag wurden aus der Versammlung heraus vier und fünf Fragen gestellt, die alle glänzend und hinreichend beantwortet werden konnten. Von einigen anwesenden Gästen wurde das Lob der „Objektivität und Sachlichkeit“ des Redners ausgesprochen und gleichzeitig der Wunsch und Mahnung, die „Sachlichkeit“ an alle übrigen Parteien erheben, die dem gleich zu machen. Alle Anwesenden haben aus tiefster Dankbarkeit den Wunsch geäußert, daß die Deutsche Demokratische Partei die Interessen und Belange aller Volksschichten besser wahrnimmt und vertritt.

Telegramm des Magistrats der Stadt Halle an Herrn Handelsminister Dr. Scheiber:

Der Flughafen Halle-Leipzig ist heute in die Hände der Flughafen-Gesellschaft Halle-Leipzig m. b. H. gelangt. Der Magistrat der Stadt Halle dankt dem Herrn Handelsminister ergeben für die tatkräftige Unterstützung bei der Gründung des mitteleuropäischen Flughafens.

Magistrat der Stadt Halle, Leipzig

Staatstelegramm an den Magistrat in Halle-Saal

Für das freundliche Telegramm anlässlich der Gründung der Flughafen-Gesellschaft Halle-Leipzig dankt beherrsch. Mit besonderer Freude habe ich an der Schaffung des von der genannten Gesellschaft übernommenen mitteleuropäischen Flughafens mitgearbeitet, der es gestattet, ein besonders wichtiges Wirtschaftsgut seiner Bedeutung entsprechend und unabhängig von den Zufälligkeiten der Landesgrenzen und der Gemeindegrenzen in den Flugverkehr einzuschließen. Möge der Verkehr auf diesem wünschenswerten Flughafen stets unter einem glücklichen Stern stehen.

gez. Handelsminister Scheiber.

Beantwortlich Johannes Cornlath, Halle, Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Leipziger Poststraße 9.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Stretke, höhere Gewalt und Betriebsförderung enthalten den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Anzeigenpreis: Für die Jahrgangsposten: 100 Mark. Einzelhefte 1 Mark. - Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 13

Halle, 31. März 1928

4. Jahrgang

Reichstags Ende

In seiner Rede vor dem Verbands der auswärtigen Presse hat Dr. Stresemann erzählt, wie er an der Spitze die Berichte über die Krise aufgenommen hat. Es sei eine Illusion gewesen, daß dieses Parlament noch die Kraft habe, sich über die großen Meinungsverschiedenheiten hinwegzusetzen und eine Art Volksgemeinschaft zu bilden. Regierungspartei und Opposition, die ideenbar in unüberwindlichem Gegensatz zueinander standen, vermochten alles Fremde beiseite zu lassen und sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden. Man wird mit dem Bewusstsein dieser Vorgänge als besonders erfreulich begrüßen, aber eine weitere Bemerkung, daß doch eigentlich immer eine solche Verständigung möglich sei, nicht unbedingt unterbreifen. Es lagen eben die Dinge ungewöhnlich günstig. Die Rücksicht auf die Reparationsverpflichtungen zwang dazu, den Staat unter allen Umständen zu verabschieden und nicht zu dem Abschluß eines Staatsvertrages zu greifen. So kam es zu einer Einigung auch für das Regierungsprogramm, zumal die Linke nicht der Ansicht war, daß der Landfrieden gebrochen werden müsse. Die Opposition gab bereitwillig die Reichstagsarbeit ab, keine qualitativen Ansprüche zu stellen, während die Reaktion sich auf dieses Programm beschränkte. Es hat sich auch durchführen lassen. Ob aber möchten wir einen solchen Versuch nicht unternehmen, denn er würde scheitern und dann für die Zukunft unmöglich gemacht werden. So gelang es wenigstens diesem Parlament, in Schönheit zu sterben.

Die Legislaturperiode

Der Reichstag, der im Mai 1924 gewählt worden ist, verfiel sehr rasch der Auflösung, Kommunisten und Rechte waren die Gewinner gewesen und setzten sehr schnell die Arbeit der Reichstagsperiode nicht zu verwenden. Die Resultate der Mitte rüsten sich. Man wird in Zukunft immer wieder die Erfahrung machen, daß es ruhige Entwürfe nur durch eine starke Mitte herbeigeführt werden kann. Am 7. Dezember des gleichen Jahres folgten die Neuwahlen. Herr Brüning trat erst nach sich an der Spitze von 15 Mann, und auch die äußerste Linke hatte Einbußen zu verzeichnen. Die beiden liberalen Parteien traten etwas getrennt zurück und übernahmen an die Führung. Sie haben mehr als zwei Jahre erfolgreich regiert. Nach außen hin wurde die deutsche Politik auf sichere Fundamente gestellt. Die Rückwirkungen auf Locarno blieben nicht aus. Man mag sie noch so schmälern versuchen, sie bedeuten doch einen beträchtlichen Schritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung aufständigen mit anderen Nationen. Auch innenpolitisch ist Erhebliches geleistet. Zum ersten Male glückte es, den Staat zu balancieren und damit eigentlich erst die Stabilisierung durchzuführen. Unerwartlich hat sich die äußere Welt in ihrer ganzen Größe begriffen. Die Konföderation der deutschen Republik setzte sich fort, obwohl der ausgesprochene erste Präsident Friedrich Ebert den ständigen und verlogenen Angriffen seiner Gegner förmlich erlag. Mochten auch die Deutschenationalen umhertreiben, als sie zu seinem Nachfolger Hindenburg wählten, in Wirklichkeit ist es ihre schwere Niederlage worden. Die Vorkämpfer des ehemaligen Generalfeldmarschalls hat allen Anordnungen getrotzt und damit die Weimarer Verfassung empfindlich verletzt. Bis zum Sturz des Kabinetts Marx ist die Entwicklung gradlinig verlaufen.

Das letzte Jahr

Man darf nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß Sozialdemokraten die Schrittmacher der Reaktion geworden sind. Hätten sie sich im Dezember 1926 ihre Gedanken, in das Kabinett einzutreten, und sowohl die utsche wie die bayerische Volkspartei waren zur Großenalition bereit, so wären uns schwere Erfolge errungen worden. Die Angst vor den eigenen radikalen Ansprüchen, die damals stark mit den Kommunisten liebte, veranlaßte die Fraktion, die Verhandlungen mit bürgerlichen Nachbarparteien abzubrechen, obwohl, was erkannt werden will, Hermann Müller und Weis sich ergriffen dafür einsetzten. Es ist gewiß richtig, daß die dem Zentrum einen Gefallen erwiesen haben. Das Schuldig ist aber nicht, sondern belastet sie eher. Das Zentrum hatte schon lange vorher geheime Verhandlungen mit den Deutschenationalen eingeleitet, um in einer neuen Koalition endlich sein Schulgesetz durchzuführen. Der Marx übernahm wieder die Führung. Im Simplizismus land vor einiger Wochen ein boshafter Wit. Herr Marx hat Hindenburg, doch in sein Abgangszugnis hinzuschreiben, er habe im Laufe der Jahre alle Maßnahmen treu geübt. Wir werden ihm das bezeugen

können. Er ist eben nicht die überragende Persönlichkeit, die seine Freunde aus ihm zu machen versuchten. Ein Jahr der Reichsregierung folgte. Nur wenige soziale Siege sind unter Dach und Fach gebracht worden, und auch sie entsprechen nicht berechtigten Anforderungen. Sonst hat dieses Kabinett nur die Verlängerung des Republikenschulgesetzes auf die Gemeindefürsorge. Das Schulgesetz fiel ein Schicksal, das es rechtlich verdiente, denn es war Geist vom Geiste des Mittelalters. Auch außenpolitisch wurde nichts erreicht. Die Rheinlandbesetzung wurde lediglich um 10000 Mann vermindert, während 60000 geblieben sind. Der Vorwurf trifft nicht Stresemann, und hätte er mit Engländern geredet. ... Dagegen haben vier Deutschnationale im Kabinett. Das genügt. Wenn die jetzige Regierung sich etwa auf das Programm besinnen sollte, das glücklicherweise durchgefallen ist, so wird sie wohl in Ernst nicht behaupten wollen, daß dies ihr Verdienst sei. Die Bilanz ist kläglich.

Herr von Reudell

Die zweite Beratung seines Etats hat dem Reichstagsmitglied Gelegenheit zu einer groß angelegten Rede. Sie war nicht schlecht, namentlich, wenn man berücksichtigt, daß er keine mangelhaften Verdienste vertreten mußte. Unwillkürlich fällt uns ein Wort Bismarcks über seinen Vater ein: Reudell ist ein langweiliger Kerl. Ganz trifft das auf den Sohn nicht zu. Seine Schwäche wird durch Großartigkeit belohnt. Er ist nie um Ausfälle verlegen und führt seine Position durch rücksichtslose Angriffe, die auch in der Form nicht immer erfreulich sind, zu verbessern. Sogar das Schulgesetz hat er noch verteidigt und dabei das Wort Föderalismus wiederholt gebraucht. In seinem Entwurf hat man nach diesem Begriff vergebens gesucht. Wenn er dabei meinte, der Kampf werde fortgehen, so dürfte das leider zutreffen und wir haben ernste Befürchtungen, daß sich die Sozialdemokratie dem Liebeswerben des Zentrums nicht allzu unangenehm gegenüber beweist. Darin liegt die Gefahr für die Zukunft. Er sprach auch von dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern und wollte uns Glauben machen, daß Fortschritte erzielt worden seien. Sogar von der bereitwilligen Mitarbeit der Länder war die Rede. Vermutlich hat er an die häßlichen Ausführungen des Herrn Galle gedacht, der geradezu mit Anbruch drohte, wenn die Reichsmacht verläßt würde. Herr von Reudell war der Ansicht, daß die Verwaltungsreform vorangehen müsse. Das heißt doch, das Pferd am Schwanz aufhängen. Eine Verwaltungsreform hat solange keinen Sinn, als nicht die Neugliederung des Reiches durchgeführt worden ist. Wir sind der Ansicht, daß man zunächst die kleineren Länder aufzulösen und die Entlasten beseitigen muß, daß man ferner grundsätzlich die Belange des Reiches und der Länder gegeneinander abzugrenzen hat, um dann den neuen Gebilden, mögen sie nun Länder oder Reichsprovinzen heißen, größere Selbständigkeit namentlich in kultureller Hinsicht zu gewähren. Was er aber über Personalpolitik sagte, war erst recht nicht hies- und hirscher. Er berief sich darauf, daß auch frühere Beamte ihrer Bestimmung wegen entfernt werden. Richtig. Wir waren es Antirepublikaner, während im Republikaner zum Opfer fielen. Und er selbst hat auch seinen Eid auf die republikanische Verfassung geleistet. Außerdem entziehen wir uns Dunkel, daß damals seine Freunde ein großes Geheiß über Futtertrübenwirtschaft erhoben. Das erscheint heute begraßenswert.

Rom gegen Rom

Sozialisten und Liberale hat Mussolini mit Gewaltmaßnahmen völlig vernichtet, wobei beide von eigenen Versprechungen nicht freizusprechen sind, denn sie hatten zuvor völlig verneigt. Auch die Freimaurerei, die einst blühte, ist nahezu vom Erdboden verschwunden. Trotzdem dürfte sich auch der Diktator nicht darüber täuschen, daß sein Anhang größer erscheint, als er ist. Die Angst um Leben und Eigentum hat die Gegner gezwungen, das Rutenbündel hoch zu halten. In Wirklichkeit aber dürfte die fortschrittliche Mitte in ihrer Zusammensetzung alles andere als zuverlässig sein. Dieses Meer der Arbeitslosen, denn so geschieht maniert man die Unmöglichkeit, die Massen zu ernähren, ist vermutlich stark mit Gegnern durchsetzt. Aber die Führer sehen. Eine Gefahr bedeutet sie zunächst für Mussolini nicht. Die Bedrohung kam nur vom Vatikan ausgehen. Das mußte man seit langem und deshalb die fruchtbarsten Bemühungen, eine Verführung herbeizuführen. Sie sind endgültig gescheitert. Der Papst hat eine Ansprache gehalten, die sein antichristliches Organ der Offensivromano wieder gibt und dessen Wut, in ganz Italien verboten worden ist. Es ist eine Kampfanzeige. Gewiss, die sich gegen das Monopol der Jugendbeziehung befindet, die nicht nur physisch, sondern auch moralisch und geistig extortiert werde. Wir kennen ja die Bestrebungen

Roms auf beiden Seiten. Wir kennen die Jato Levanz des Faschismus, aber auch die des Vatikans, wofür das deutsche Schulgesetz in seinem Keudellischen Entwurf berechtigtes Zeugnis ablegte. Doch darauf kommt es zunächst nicht an. Bis XI. hat die ihm nachfolgende Partei der Popolari hart angegriffen, weil sie nicht den Weg zum heiligen Stuhl gefunden hatte. Es müßte sonderbar zugehen, wenn nicht darauf ein Einverständnis erfolgte. Es folgt es aber, dann bricht Mussolini eine der wichtigsten Stützen seiner Macht fort. Man wird den weiteren Ereignissen mit größter Aufmerksamkeit entgegensehen müssen.

Poincaré im Wahlkampf

Am 22. April vollzogen sich die Neuwahlen zur französischen Kammer. Von ihrem Ausgang hängt bis zu einem gewissen Grade das Schicksal Europas ab. Wichtiger noch werden die Ergebnisse sein, die aber erst im nächsten Jahre stattfinden sollen. Begonnen hat der Kampf mit einer großen Rede des Ministerpräsidenten auf einem Bankett in Bordeaux. Man muß seine Ausführungen unter dem Gesichtswinkel der Agitation betrachten, bei der auch in anderen Ländern mehr gelang wird, als in normalen Zeiten zu verantworten ist. Von der inneren Politik sprach er fast gar nicht, wohl aber von seiner Finanzpolitik, die zweifellos eine große Tat gewesen ist. In diesem Zusammenhang ging er auch auf die Reparationsfrage ein. Er behauptet, daß das Ruhrabenteuer folgerichtig gewesen wäre und behauptete, es hätte im Gegenteil 1,5 Milliarden eingebracht. Diese Rechnung ist falsch, wie sie leicht aus den einzelnen Etats nachweisen läßt. Darüber hinaus hat er Bräud als Kronzeugen für den bösen Willen Deutschlands angeführt und darauf verwiesen, daß dieser Politiker es war, der Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzte. In sich selbst das wenig. Bräud hat eben zugelernt und ist heute der Hauptkämpfer für eine Verständigung. Poincaré ist ihm nur sehr zögernd gefolgt und hat wiederholt Widerspruch geleistet. Aber er ist wenigstens mitgegangen. Was jedoch in der Rede unter allen Umständen eine Wiederholung verlangt, ist seine Behauptung, erst die Ruhrbesetzung habe Deutschland gefügig gemacht und zur Annahme des Amtesplanen bewegen. Genau das Umgekehrte ist der Fall gewesen. Poincaré bezog, daß die Wankkonferenz unter Morgans schon im Juni 1922 Vorschläge machte, die im wesentlichen auf den Amtesplan hinausliefen. Sie scheiterte an seinem Unwillen. Die Ruhrbesetzung hat das große Verdienst, daß sie den Engländern und Amerikanern zeigte, es ginge auf den bisherigen Wegen nicht und sie veranlaßte sich mit aller Entschiedenheit für die friedliche Lösung der Reparationsfrage einzusetzen.

colorchecker CLASSIC

colorchecker CLASSIC